Examen im Bundesstaatsrecht
(IuR I – Reglement 2001)

Hinweise

1. Lesen Sie zuerst die Fragen aufmerksam durch, bevor Sie zu schreiben beginnen.
2. Bitte achten Sie auf die Zeit (2 Stunden).
3. Beantworten Sie bitte sämtliche Fragen der Teile I und II. Beide Teile ergeben jeweils eine Zwischennote. Die Gesamtnote berechnet sich aus dem Durchschnitt beider Zwischennoten. Für die Frage der Auf- oder Abrundung ist der Gesamteindruck entscheidend.
4. Nebenfachstudenten beantworten ebenfalls alle Fragen.

VIEL GLÜCK!!!!

Teil I
THEORETISCHE GRUNDLAGEN
(ca. 60 Minuten): Total 26 Punkte

1. Erklären Sie kurz folgende *Begriffe* (Total: 8 Punkte)
a) „Föderalismus“
b) „Bundesaufsicht“
c) „Subsidiaritätsprinzip“
d) „Standesinitiative“

2. Klären Sie ab, ob die nachfolgenden Rechtsakte **referendumspflichtig** sind und wenn ja, ob es sich dabei um ein obligatorisches oder ein fakultatives Referendum handelt. *((Total: 8 Punkte)*

a) Parlamentsverordnungen
b) Beschluss über EU-Beitritt
c) Gebietsveränderungen zwischen Kantonen
d) Ausgabenbeschlüsse der Bundesversammlung

3. Die **Kantone Basel-Stadt** und **Basel-Land** wollen sich vereinigen. Beschreiben Sie kurz die konkreten (!) Verfahrensschritte, die für eine solche Vereinigung notwendig wären. (10 Punkte)

Teil II
Falllösung
(ca. 60 Minuten): Total 20 Punkte

Inspiriert von entsprechenden Vorstössen in anderen Kantonen nimmt der Grosse Rat des Kantons X. folgende neue Bestimmung ist das Gaststättengesetz auf:

> *Art. 19a Rauchverbot*
>
> [1] In den öffentlich-zugänglichen Räumen eines Gastgewerbebetriebs ist das Rauchen untersagt.
>
> [2] Erlaubt ist das Rauchen in speziell dafür eingerichteten Räumen. Die Fläche solcher Räume darf 20% der gesamten für das Publikum offen stehenden Nutzfläche nicht übersteigen.
>
> [3] Der Regierungsrat kann einzelne Betriebstypen vom Rauchverbot ausnehmen.

Die Gesetzesrevision wurde im Amtsblatt vom 25. September 2005 publiziert.
Der kantonale Wirteverband (= Verein nach ZGB) ist mit dieser Regelung unzufrieden und möchte den Erlass beim Bundesgericht anfechten. Sie können davon ausgehen, dass der Kantons X. kein Verfahren der abstrakten Normenkontrolle kennt.

Fragen:

1. Mit welchem Rechtsmittel gelangt der kantonale Wirteverband ans Bundesgericht? Prüfen Sie die *Eintretensvoraussetzungen*. (8 Punkte)

2. Entwerfen Sie für den Wirteverband eine *materielle Begründung* für die entsprechende Beschwerde. Weisen Sie gegebenenfalls kurz auf allfällige (materielle) Schwachstellen in Ihrer Begründung hin (12 Punkte).